

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagabeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149.

Donnerstag, den 29. Juni 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Hunnenprozeß.

Wie gestern bereits kurz berichtet, fand am Montag vor der Strafkammer in Halle ein verspäteter Hunnenprozeß gegen unsern Genossen Kunert statt. Vom Gericht waren nur Diktoren geladen, die der Versammlung beiwohnten, in der Genosse K. die beleidigende Äußerung getan haben soll. Genosse K. hatte aber wiederum die 17 Chinesen als Zeugen laden lassen. Wir lassen nun nachgehend nach unserm Haller Parteifreund den Prozeßbericht folgen:

Nachdem der Straforgan des Kriegsministers verlesen worden war, äußerte sich Kunert über die Verammlungsrede; er habe nur eine eigentliche sozialdemokratische Programmrede gehalten, dabei über die Kolonialpolitik und über den Chinarieg gesprochen. „Unsere Soldaten“ habe er nicht gesagt, er habe nur von Soldaten der Invasionsarmee geredet.

Auf Befragen des Vorsitzenden: „Woher haben Sie Ihre Kenntnis über den Chinarieg?“ erklärt Kunert, daß er als Mitglied des Reichstags durch Chinariefreie, Chinarieprozeße, Bestrafung der Soldaten usw. von den Dingen Kenntnis bekommen habe, wie er sie in jener Verammlung angedeutet habe. Darauf wurde in die Beweisaufnahme über die Rede in der Verammlung eingetreten.

Zeuge Kommissar Reipert, der die Verammlung überwacht hat und gegenwärtig Amts- und Gemeindevorsteher in Schlesien ist: Der Angeklagte hielt eine Wahrede und sagte: „Unsere Soldaten haben dort geraubt, gemordet, geplündert, Frauen geschändet usw.“

Kunert legt dem Zeugen die Frage vor, ob er (Kunert) von „unseren“ Soldaten gesprochen habe, und ob Zeuge seine Notiz aus dem Zusammenhang niedergeschrieben habe?

Zeuge Reipert: „Ich habe das niedergeschrieben, was ich für nötig befunden habe, und halte das völlig aufrecht, was ich gesagt habe; stenographiert habe ich natürlich nicht.“

Zeuge Polizeiführer Otto Kahl: „Kunert hat gesagt: Unsere Soldaten haben dort weiter nichts getan, als das Land verwüsten, geplündert usw.“ Ich sah die Äußerung als Beleidigung an. Es wird sodann die von dem Polizeiführer in sein Notizbuch eingetragene Rede Kunerts verlesen. Danach soll Kunert etwa gesagt haben: „Die wollen Klautschou packen und hatten keine Pacht bezahlt; Ketteles hatte das verhehen und Infolgebessenen wurde er ermordet.“

Kunert erklärt hierzu: „Meine Herren, so etwas habe ich nicht gesagt; so viel Sätze, so viel Unfug.“

Die Teilnehmer an der Verammlung, Büchel, Kobisch, Weinrich und andere erklären als Zeugen, daß die fragliche Bemerkung nicht auf alle deutschen Soldaten Bezug gehabt habe.

Hiermit wurde die Beweisaufnahme zunächst für beendet erklärt.

Rechtsanwalt Heinemann, Berlin bestreitet die Gültigkeit des Straftrages. Kunert habe nicht gesagt, daß die Soldaten bei den Taten, die sie begangen haben, im Dienste gewesen seien. Das Wort Verwüstung müsse überhaupt ausgeschlossen sein. Zum Krieg gehöre selbstverständlich die Verwüstung, und derjenige Teil, der möglichst schnell verwaiste, tut ja dies, um daraus einen Verdienst zu haben. Man rechne es ihm zum Verdienst an. Als der Straftrag angelesen wurde, bestand das Expeditionskorps nicht mehr. Der Wahrheitsbeweis ist für den Angeklagten von großer Wichtigkeit, und es müsse beantragt werden, erstens die heute geladenen Zeugen (Chinatieger) zu vernehmen, und noch weitere Beweiserhebungen im großen Umfang zuzulassen. Denn mit den heutigen Zeugen könne der Angeklagte nur einen Bruchteil von dem beweisen, was er beweisen will. Das Gericht müsse die Beweisaufnahme zulassen.

Staatsanwalt Dr. Klotz bemerkt, daß man zu dieser Beweisaufnahme verpflichtet sei. Ob man weitere Beweisanträge noch zulassen wolle, könne man nach der Vernehmung der heute geladenen Zeugen prüfen. Der Straftrag bestehe zu Recht. Ob die Soldaten bei den Verwüstungen usw. dienstlich gehandelt haben, sei nebensächlich. Der Soldat im Feldzuge müsse immer als Soldat angesehen werden.

Rechtsanwalt Heinemann bestreitet, daß der Soldat im Feindesland zu jeder Zeit dienstlicher Soldat sei. Nach einigen rechtlichen Ausführungen des Abgeordneten Kunert, der noch weitergehende Beweiserhebung beantragt, beschließt das Gericht, die Beweisaufnahme fortzuführen.

Zeuge Reservist Hugo Wenzel, Berlin-Altstadt: Ich war Mitglied des Expeditionskorps, und habe u. a. gesehen, daß deutsche Soldaten Obstbäume Südbirnen weggenommen haben; als die Chinesen das Obst usw. nicht hergeben wollten, wurden sie verprügelt. Dies passierte in Chanhaiwan. Ich habe auch gesehen, wie deutsche Soldaten Fenster eingeschlagen und eine

Bibliothek (Heiligenbilder) geplündert haben. Die Bücher wurden als Brennmaterial zum Kochen verwendet. Deutsche Soldaten, allerdings nur einige, haben auch Vieh und Schmuckstücke geplündert. Das Vieh befand sich im Bestock und die Schmuckstücke waren von großem Wert. Ich bemerke, daß ein Kopfschmuck, Silberfächer und ein ganzes Bestick weggenommen wurde. In Chanhaiwan stand damals ein Bataillon. Es ist auch chinesisches Geld weggenommen worden.

Auf Befragen des Angeklagten, ob sog. Zwangsverkäufe abgeschlossen worden, erzählte Zeuge, es würden den Chinesen für seltsame Schuhe um kleine Geldbeträge geboten, und wenn sie dann die Sachen für den Preis nicht hergaben, wurden die Schuhe erpresst und die Chinesen belassen Prügel. Die Frage, ob Frauen geschändet worden sind, bejaht Zeuge. Der Staatsanwalt beantragt, für diesen Teil der Verammlung die Öffentlichkeit, auch die Vertreter der Presse, auszuschließen. Das Gericht beschließt demgemäß. Der Angeklagte und seine Verteidiger hatten sich selbstverständlich gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit erklärt. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird

Zeuge Sehericht, Sternburg-Spandau vernommen. Zeuge bekundet u. a., daß man aus einem Tempel einen Silberbesteck gemacht habe, und fügt dann fort: Ich habe meinen Vorgesetzten, als ich in einem eroberten Fort eine Uhr liegen sah, gefragt, ob ich das Besteck mitnehmen könne. Mit Einwilligung des Vorgesetzten nahm ich die Uhr. Ein deutscher Soldat versuchte ein chinesisches Weib zu schänden. Als es nicht gefällig war, stach er es mit dem Seitengewehr. Der Mann ist dafür mit 14 Tagen Gefängnis bestraft worden.

Zeuge Reservist Buchdrucker Moser: Ich habe gesehen, daß ein Mann, als wir vom Marsch hineinkamen, eine chinesisches Kiste Silbergeld usw. hatte. Der Mann ist für die Entwendung bestraft worden. Die Frage des Angeklagten, ob Chinesen systematisch mit Stockschlägen traktiert worden sind, beantwortet Zeuge mit einem Ja.

Zeuge Reservist Schläu, Berlin: Ich habe gesehen, daß im Tempel die Heiligenbilder (Heiligenbilder) zerstört und hinausgeworfen wurden. Die an den Zeugen seitens des Angeklagten gerichtete Frage, ob Chinesen mißhandelt worden sind, daß sie nicht weiter gehen konnten, wird vom Vorsitzenden nicht für zulässig erklärt, da Mißhandlungen nicht vorgebracht worden sind. — Kunert wollte damit beweisen, daß zerstört worden ist.

Zeuge Franz Grube, Eberfeld: Ich war in Feldbesetzung und habe gesehen, daß über Särge, die bei den Chinesen nicht innerhalb, sondern oberhalb der Erde stünden, hinweggegangen wurde. Die Särge sind zerstört und zu Brennholz verwendet worden. Mit Skeletten habe man umhergeworfen. Dies war besonders verheerend für die Chinesen, da bei ihnen der Totenkultus bedeutender ist, als bei uns. Obgleich es einmal eine Baumwollenzucht. Bei der Parole ist bekannt gegeben, daß Soldaten wegen Raubens, Plünderung usw. mit hohen Freiheitsstrafen belegt werden sind. Als wir nach Peking kamen, wo General v. Waldersee mit dem Hauptkommando lag, da wurden aus dem Kaiserpalast teure Sachen, Blumenständer usw. hinausgeworfen. Das Gerücht verbreitete sich. Deutsche Truppen zerstörten kostbare Möbel, die Tausende wert waren. Vor dem Kaiserpalast lagen Figuren, Löwen von Bronze. Dem einen Löwen war die goldene Kugel aus der Taube genommen. Diese Kugel wurde nachher beim Preisstechen der Offiziere ausgeschossen. Zeuge bläute dann auf einige Notizen, die er sich gemacht hatte. Der Vorsitzende bemerkt: „Ablesen ist nicht gestattet.“ Zeuge erklärt weiter: Wir haben auch ein Melkager geplündert, das dauerte wochenlang.

Der Staatsanwalt wirft ein, das gehe zu weit, der Zeuge schildert Dinge, welche er schließlich gar nicht erlebt hat.

Vors.: Lassen Sie ihn doch erzählen.

Rechtsanwalt Heinemann beantragt nunmehr die Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses darüber, ob es dem Zeugen gestattet ist, seine Notizen einzulesen. Das Gericht gestattet die Durchsicht.

Staatsanwalt: Haben Sie gesehen, daß dem Löwen die Kugel, die bei den Offizieren ausgeschossen wurde, weggenommen ist. — Zeuge: Nein, es war eben genau dieselbe Kugel, die da fehlte.

Staatsanwalt: Jedenfalls gibt es mehrere solcher Kugeln. Zeuge möge nicht solche Verdächtigungen aussprechen.

Ein weiterer Zeuge bekundet: Für die Truppenteile war ein Vordell errichtet. Da gab es Marken zu kaufen. Ein deutscher Soldat nahm dem Chinesen, der das Vordell verwaltete, die Kasse weg, und verteilte das Geld unter den Mannschaften. Der Soldat erhielt sechs

Monate Gefängnis. Bei dem Kauf von Gegenständen wurde den Chinesen ein Belegstück in die Hand gedrückt, und wenn sie damit nicht zufrieden waren, erhielten sie Prügel. Im Kaiserpalast sind große Bronzefiguren einfach eingepackt und mitgenommen worden. Jene Bronzefiguren kann man heute noch in Berlin in der Königsstraße sehen, wo sie ausgepackt sind. Auch Leihhäuser sind geplündert worden; viele Soldaten hatten gleiche silberne Taschenuhren, die gestohlen waren. Zeuge habe das Vorgehen vieler Kameraden bemerkt. Damit wolle er aber nicht sagen, daß er ein Engel gewesen sei. Des weiteren ähert sich Zeuge darüber, wie aus einer Sternwarte eine Badeanstalt gemacht wurde.

Reservist Strud, Ermangeloch: Ich habe gesehen, daß im Kaiserpalast geplündert wurde. Die Soldaten kamen dort mit Wertgegenständen heraus.

Zeuge Reservist Jänemann, Halle hat ebenfalls gesehen, daß im Kaiserpalast in Peking Geld, Silberwaren usw. geplündert wurden.

Zeuge Reservist Schille bekräftigt, daß Türen und Fenster zum Feuermachen (Brennholz) verwendet worden sind. — Zeuge Schmidt äußert sich darüber, wie „Andenken“ gekauft wurden.

Zeuge Reservist Trautmann, Berlin: Ich bin bei dem schiffischen Bataillon gewesen und war im Tempel einquartiert. Die Böden wurden hinausgeworfen, aufgehäuft und kleine Silbermünzen, die darin verhorren waren, herausgeholt. Wir hatten Nahrungsvorgen, fanden in Chanhaiwan, wo wir waren, eine Niederherde, und nahmen sie mit. Eine Bibliothek mit Heiligenbildern wurde zerstört, um Platz zu schaffen. Wenn die Kollegen Nahrungsmittel suchten, fanden sie auch Spangen und Goldsachen, die nahmen sie natürlich mit.

Vors.: Kam das nicht zur Anzeige? —

Zeuge: Nein, die Offiziere machten ja selbst mit. Ich habe gehört, wie ein Offizier am Kaiserpalast zu einem Major nach einer schönen Schatzkammer zeigte sagte: Herr Major, das wären schöne Rahmen zu einem Spiegel für meinen Salon. Bald nachdem wurden die Rahmen heruntergeholt und in Kisten gepackt. Mit dem Kriegsschiff Kurjisch von Brandenburg gingen sie ab, wenn ich nicht irre. Das Fortschicken wurde damals riesig beschleunigt.

Zeuge Reservist Hartwig, Binnerberg: Wir mußten im Dienste für die Herren Offiziere erst die guten Möbel, teure Sofas, Stühle, Schränke usw. holen, und für uns nahmen wir nachher die gewöhnlichen. Als wir den Ort verließen, wurden die Möbel wieder verkauft.

Staatsanw.: Zeuge, das ist ja wohl gar nicht möglich; wie werden sich denn die Chinesen die Möbel erst wegnehmen lassen, und dann wieder kaufen?

Zeuge: Ja, es war aber so, Herr Staatsanwalt. Das passierte in meinem Truppenteil. Daß die Offiziere selbst Möbel verkauft haben, habe ich allerdings nicht gesehen.

Auf Befragen des Angeklagten bestätigt dieser Zeuge, daß seiner Batterie das Plündern einmal gestattet worden ist. Als wir vor einem Dorfe lagen, sagten uns unsere Vorgesetzten, wir könnten mit dem Dorfe machen, was wir wollten. Dort sind mit Gewalt Möbel zerstört, Kleidungsküde zerschritten worden usw. Damit schloß die Beweisaufnahme vorläufig.

Staatsanw. Dr. Klotz: Des Angeklagten Äußerungen sind zweifellos beleidigend für deutsche Truppen. Er hat gesagt, auch die deutschen Truppen in ihrer Allgemeinheit haben geplündert und geschändet. Es sollten ungeheuerliche Vorwürfe erhoben werden, und solche Vorwürfe waren zur damaligen Zeit das Lösungswort. Die Wahrheit ist hier in dieser Allgemeinheit überhaupt nicht nachzuweisen; ganz gleich, ob hier 20 oder 100 Fälle vorgeführt werden. Da nun ein solcher Beweis nicht zu führen war, sind auch die weiteren Beweisanträge abzulehnen. Wohin sollte man kommen, wenn man das alles nachweisen wollte, was uns hier erzählt wird. Ich erinnere an die „Geschichte“ mit der goldenen Kugel, die beim Offizierspreisstechen als Preis gedient haben soll. Der Zeuge schwärzt hier darauf los (Unruhe im Zeugenraum) und wenn man der Rederei nachgehen wollte, würde man wahrscheinlich finden, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist. Wenn Ausschreitungen vorgekommen sind, so ist streng eingeschritten worden. Der Angeklagte wollte mit seiner Rede unsere Armee und unser Vaterland beschimpfen. Es sei eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu beantragen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld beantragte Kunerts Freisprechung.

Der Verteidiger Heinemann, Berlin plädiert ebenfalls für Freisprechung, im Falle die weiteren Beweisanträge abgelehnt würden. Will der Staatsanwalt den Angaben der Entlassungszeugen nicht Glauben schenken, so möge er deren Befandungen nachprüfen. Was die Verteidigung zur Beweisaufnahme tun kann, wird sie tun. Mit Worten, wie Geschwätz kann man eidliche Zeugen-

ausagen nicht aus der Welt schaffen. Die heutige Beweis-
aufnahme erschöpfe durchaus nicht das vorliegende Material.
Belange man nicht zur Freisprechung, so müsse man weitere
Beweisaufnahmen zulassen. Die beantragte Strafe erscheine
ganz forbitant, zumal der Wahrheitsbeweis erbracht ist. Es
ist erwiesen, wie man Kinder mißhandelt und Frauen ge-
schändet hat. Man hat da, so bekundet ein Zeuge in ge-
schlossener Sitzung, Frauen angebanden und dann schänd-
liche unzüchtige Handlungen vorgenommen. Die Freisprechung
sei geboten.

Staatsanwalt Dr. Klotz bemängelt nochmals, daß sich
die Dinge so zugetragen haben, wie sie hier aufgerollt worden
sind. Die Angaben der Zeugen seien unwahrscheinlich.

Rechtsanwalt Heinemann wendet sich gegen die
Ausführungen des Staatsanwalts. Das „Kaufmännchen“, wie es
beim Chinaseidensatz heißt und heute von Zeugen geschilbert
wurde, ist auch eine Form des Plünderens; und Zeuge Wen-
zel sagte, das kam täglich vor. Wie geschlechtstrante Männer
gegen chinesische Frauen gehandelt haben, das ist in der
geschlossenen Sitzung verhandelt worden.

Nunmehr belammt der Angeklagte Kunert das Wort:
Bei Beginn der Verhandlung hat der Vorsitzende die Frage
gestellt, wie ich dazu käme, die Verurteilung zu tun. Ich
möchte diese Frage noch gern bestimmter beantworten, da sie
für mich von größter Wichtigkeit ist. Bei der Verurteilung
habe ich mich auf ganz bestimmte Dinge und Vorgänge ge-
stützt. Das, was die heutige Beweisaufnahme ergab, ist nur
ein kleiner Teil, ein Rudiment des Materials. Wenn man
wollte, könnte man den Weisheitsantrag sehr einfach ge-
stalten. Fordere man die Prozeduren vom Ministerium und
vom Generalstab ein, dann habe man einen ausreichenden
Beweis. Redner gibt mehrere Kriegesgerichtsbeispiele an.
Nach der Verurteilung des Generals v. Giffel in einem sub-
deutschen Prozeß haben schwere Prozesse gegen Offiziere und
Gemeine geschwiegt. Ein Vater Wode erhielt 5 Jahre Ge-
fängnis wegen Plünderung, ein Soldat Grünberg 12 Jahre
6 Monate Gefängnis wegen Totschlags und Körperverletzung.
Auch sind viele Strafen wegen Schandungen erfolgt. Als Kunert
fortfahren will, unterbricht ihn der Vorsitzende in seinen Ausfüh-
rungen mit dem Hinweis: Die Urteile sind nicht Gegenstand
der Beweisaufnahme gewesen. Kunert erwidert: „Herr Vor-
sitzender, ich möchte damit gern betreiben, wie ich zu der
Verurteilung gekommen bin. Kunert fortsetzend: Die Ver-
urteilung der Bibliothek wird von einem französischen Schrift-
steller als ein großes Unglück bezeichnet. Die Form der
Verurteilung war fürchtbar. Nicht bloß an Soldaten, sondern
auch an Privatpersonen verging man sich. Es ist fest-
gestellt, daß Leute 200 bis 300 Prügeln er-
halten haben. Wenn jemand verurteilt mißhandelt
wird, ist es selbstverständlich, daß er daran zugrunde
geht, also zerstört wird. Im Prozeß Modugno in Rom,
der jüngst durch die Presse ging, sind weitere ganz fürchtbare
Gruellaten aufgerollt worden. Der Vorsitzende unterbricht
den Redner wieder mit dem Hinweis, daß dies nicht zur
Sache gehöre. Wünschen Sie noch weitere Beweisaufnahmen,
dann stellen Sie Anträge. Hierauf erklärt Kunert, dem das
Vorbringen seines Materials wiederholt unterzagt worden
war, „dann allerbing's muß ich verzichten“.

Das Gericht zieht sich hierauf zur Beratung zurück und
verklündet den Beschluß, daß die weiteren Beweisanträge ab-
zulehnen sind. Das Gericht stütze sich bei Beurteilung des
Falles nur auf § 185 des Strafgesetzbuchs. Nachmittags
gegen 5 Uhr wurde folgendes Urteil verkündet: Der An-
geklagte ist der Beleidigung schuldig und wird zu drei
Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteils-
begründung hieß es u. a.: Was die formelle Seite des Pro-
zesses anlangt, so ist ja erwiesen, daß das Expeditionskorps
damals, als der Strafantrag gestellt wurde, bereits aufgelöst
worden war. Aber auch nach der Auflösung war der Kriegs-
minister noch berechtigt, Strafantrag zu stellen. Die Sol-
daten standen im Reserveverhältnis, gehörten aber immer
noch zur bewaffneten Macht. Das Gericht hat den Polizei-
beamten Glauben geschenkt und angenommen, daß Kunert ge-
sagt hat: „Unsere Soldaten haben usw.“ Damit soll nicht
gesagt sein, daß die anderen Zeugen der Versammlung
wissenschaftlich etwas Falsches gesagt haben. In jener Verurteilung
ist die Beleidigung erbsüchtig worden. Es ist ja richtig, daß
Plünderungen usw. vorgekommen sind. Der Angeklagte hat
aber mit seiner Verurteilung verallgemeinert, und das dürfte
er nicht tun. Der Beweis der Wahrheit ist nicht als geführt
angesehen worden. Die Verurteilung sei ungeschehen und
erbsüchtig beileidigend, weshalb wie gesehen erkannt wor-
den ist.

Wahlfähige Arbeiter.

Wahlfähigkeit.

Nun ist's herauf! Die Frage, wie es gekommen ist,
daß bei den Reichstagswahlen seit 1903 seitens unserer
Partei keine Fortschrittler, sondern Rückwärtsleute zu verzeichnen
waren, ist jetzt glücklich gelöst und zwar durch die
„Kreuzzeitung“. Dieselbe führt unseren Niedergang
darauf zurück, daß endlich wieder in weiteren bürgerlichen
Kreisen das Bewußtsein von der sozialdemokratischen Gefahr
rege geworden ist und daß man sich aufzuraffen beginnt,
dieser Gefahr energischer als bisher entgegenzutreten. „Das
ist“ — so debattiert die „Kreuzzeitung“ weiter — in erster Linie
das Verdienst des Reichstagslanglers, der durch
seine parlamentarischen Reden mit aller Schärfe
auf die sozialdemokratische Gefahr hingewiesen und Aufse-
rungsillusionen ad absurdum geführt hat. Stad wir auch
unverändert der Meinung, daß es nicht möglich ist, die
Sozialdemokratie selbst durch die schönsten Parla-
mentsreden zu vernichten, wenn nicht aus solchen Worten auch die er-
forderlichen Konsequenzen gezogen werden, so glauben wir
doch, daß immerhin schon einiges gewonnen ist, wenn dem
Land die entschiedene Kampfstellung der Regierung der
Sozialdemokratie gegenüber von leitender Stelle aus klar-
gemacht worden ist. Der Mut der Kaltblütigkeit
ist nun hoffentlich verabschiedet. Die Ankündigung der
Frankenaffen-Robelle befaßt Reform der von
der Sozialdemokratie so arg mißbrauchten
Selbstverwaltung leitet hoffentlich eine Umkehr
von den sozialreformatorischen Pfaden ein, die
im Reichsamte des Innern unter dem Einflusse der
„Gesellschaft für Sozialreform“ zum Schaden des Gemein-
wohles und zum ausschließlichen Nutzen der Sozialdemokratie
seit dem „Verfahren der Buchhändlervorlage“ hier und da
betreten worden sind.“ — Der Billowfürst kann stolz sein

dieses ihm gepredete Lob. Es ist nun schade, daß ihm die-
ses erbebende Gedächtnis sehr stark verfallen wird
durch die — Erinnerung. Waren es hoch Leute, die
durch die „Kreuzzeitung“ wie auf ein Evangelium schwören, welche
noch vor ganz kurzer Zeit dem Billowfürsten vorwarfen, er
besorge mit dem Arbeiterbeschutze die Geschäfte der Sozial-
demokratie. Und nun ist er plötzlich über Nacht der Hei-
de geworden, der den Staat von der sozialdemokratischen
Gefahr befreien wird! Welche Wendung!

Ob's wohl etwas nützen wird? Die Klagen über
die Fleischsteuerung haben nun auch die Regierung
zum Einschreiten veranlaßt. Es wird aus Kattowich ge-
meldet: „In Sachen der von den verschiedensten Seiten
Doberschleffen bei der Regierung erhobenen Vorstellungen
wegen Zulassung eines höheren Kontingents
russischer Schweine, um der Fleischnot zu steuern,
stebet demnächst in Doberschleffen eine Ministerial-
konferenz statt.“ — Wir werden ja nun sehen, ob die
Regierung, wie es ihre Pflicht ist, eingreift und durch
Öffnung der Grenzen der Fleischnot steuert. Wie
glauben es nicht!

Hat man Furcht? Infolge der Unruhen im russisch-
palmischen Grenzgebiet sind der „Schles. Bg.“ zufolge von
den preussischen Behörden Maßnahmen zur Ver-
wahrung der Grenze vorgezogen. Zur Waprechtung
über diese Vorkehrungen hat sich der Grenzkommissar Polizei-
rat Mädel nach Myslowitz begeben, wo eine Beratung der
Landräte und anderer behördlicher Personen stattfand. Die
Zahl der aus Rußland nach Doberschleffen herüberkommenden
Frischklinge nimmt täglich zu. — Hoffentlich werden das
deutsche Reich noch nicht.

Im Wahlkreis Offen haben bereits Sozialdemo-
kraten, Polen, Zentrumler, Nationalliberale und Christlich-
sozial: Kandidaten aufgestellt, jetzt werden in der blü-
denden „Deutscher Tagesztg.“ der gesamte Mittelstand,
Landwirtschaft, Handwerker, mittlere und kleine Kaufleute
und die Beamten, aufgefordert, in Aktion zu treten und
einen geeigneten Kandidaten zu wählen, der den Mittel-
stand am besten schützt. Daß dieser Mittelstandskandidat in
die Stichwahl kommt, darauf rechnet die „Deutsche Tages-
ztg.“ selbst nicht. Die Aufstellung soll nur dazu dienen, auf
die in die Stichwahl gelangenden Parteien einen Druck aus-
zuüben und von ihnen für die Unterstützung der Mittel-
standspartei in einem anderen Wahlkreise Zusicherungen
herauszujugeln.

Neue politische Nachrichten. In einem schweren
Kampf deutscher Truppen mit der Bande Moren-
gas bei Karibib wurde diese geschlagen und die feindliche
Stellung genommen. — Die Marokko-Konferenz soll
nun so gut wie gesichert sein. Weill — Das öster-
reichische Abgeordnetenhause hat das Budget-
provisorium in allen Besungen angenommen. — Die
Umnestvorlage wurde gestern im Pariser
Senat eingebracht. — Die französische Kammer
nahm die von Senat bereits genehmigte Vorlage an, wo-
nach die Arbeitsdauer in den Bergwerken nach
und nach herabgesetzt werden soll.

Schweden.

Kriegshereien pas. Von den schwedischen Gena-
bilisten der Ersten Kammer wird gegenwärtig eine heftige
Agitation gegen den Regierungsvorschlag auf eine gütliche
Ausbeinabereizung mit Norwegen betrieben. Man will, daß
der Reichstag 100 Millionen Kronen zur Mobi-
lisierung bewillige. Die Mehrheit der Zweiten Kammer
ist entschieden dagegen, dennoch glaubt man, daß bei gemein-
samer Abstimmung beider Kammern eine knappe Mehrheit
dafür zu stande kommen kann. Auch in der reaktionären
Presse wird immer deutlicher die Forderung erhoben, Nor-
wegen durch einen Krieg zur Unterwerfung zu zwingen. Am
Freitag ist in beiden Kammern des Reichstags eine Broschüre,
in der in derselben Weise wie in der reaktionären Presse
zum Kriege gehrt wird, verteilt worden.

Der schwedisch-norwegische Konflikt hat eine Ver-
schärfung infolge erfahren, als in der schwedischen Kammer
das Vorgehen der Norweger als revolutionär bezeich-
net worden ist, dem man entschieden Widerstand
entgegenzusetzen müsse. In der Ersten Kammer führte G. O.
Verg bezüglich der Aufhebung der Union aus, der schwedische
Reichstag könne Norwegen nicht eher als souveränen Staat
anerkennen, als bis die berechtigten Forderungen
Schweden erfüllt seien. Uthander von der Rechten er-
klärte, Schwedens Sicherheit und die nationale Ehre ver-
langten, daß dem revolutionären Vorgehen Norwegens der
energischste Widerstand entgegengekehrt werde. Beide Kammern
wählten einen Spezialausschuß zur Vorbereitung der
Sache.

Rußland.

Bestellte Arbeit. Die „Daily News“ veröffentlicht
eine Unterredung mit einem Fabrikanten aus Lodz,
welcher einige neue Einzelheiten über die dortigen Unruhen
mitgeteilt hat. Der Fabrikant erzählt: „Der Aufbruch ist
vielsach auf die Müllarbeit von agents provo-
cateurs zurückzuführen. Überall gehen diese Unmenschen
herum und läppeln in die Ohren der Leute: „Jetzt ist die
Zeit für die Unabhängigkeit Polens gekommen.“ Diese
agents provocateurs übernehmen die Leitung der
Unruhen, führen ihre Opfer in enge Straßen, wo sie sich
nicht erwehren können, und dann erscheinen die Kosaken und
hauen sie in Stücke. Ich sah zu, als zwei Kosaken einem
jüdischen Mädchen beide Arme glatt von den
Schultern abhackten, worauf sie den Kopf vom
Kumpf trennten und die Leiche wegwarfen. Wir
haben viele Wagen mit glühenden Ketten in den
Straßen unterwegs nach den Friedhöfen gesehen.“ —
Auch im Kreis Lodz ist nunmehr der Kriegs-
zustand erklärt und der Generalgouverneur von Warschau mit den
Rechten der Militärgerichtsbarkeit beauftragt worden, die er auf
eine andere Person nach eigener Wahl übertragen darf. Ein
Erlaß des Kaisers darüber überträgt dem Senat die hier-
für nötigen Anordnungen, die Ausführung des Erlasses aber
dem Polizeichef Trepow. Das sind gerade die Richtigen! —
Wie übrigens die Blutbunde vorgehen, zeigt wieder einmal
folgende Nachricht aus Lodz: In der Franziskanergasse
argwöhnte (!!) das Militär eine anaristische Sit-
zung, umliegende das verdächtige Haus und drang dort
ein. Das Militär feuerte in die Finsternis
hinein und verwundete einige Einwohner.
Alle Löden, in denen Spiritus verkauft werden,
sind wegen des Kriegs-
zustandes geschlossen. Bei Gierz
wurde im Walde eine sozialistische Versammlung

entdeckt, an der 200 Personen teilnahmen. Kosaken
feuerten auf sie mehrere Schüsse ab, ver-
wundeten 20 und arretierten 180 Personen, die zu Fuß
in das 4 Meilen entfernte Sängauß von Dentschitz abge-
führt wurden. — Aus Lodz wird der „Schles. Bg.“ ge-
meldet: Gräueltate veranlaßt, daß in der Vorstadt Wid-
zow das Hauptmonopolgebäude total zer-
trümmert worden sei, wobei vom Militär zwei un-
dert Zivilpersonen getötet worden seien. Augen-
blicklich ist es unmöglich, dieses Verbrechen auf seine Richtigkeit
zu kontrollieren, da sämtliche nach dem Gebäude führenden
Wege polizeilich gesperrt sind.

Kosaken im Priesterseminar. Im Seminar in
Tiflis hielten ca. 400 russische Geistliche eine geheime
Versammlung ab. Die Vorrede kam dahinter. Pöbellich er-
schienen Kosaken im Saal und gingen mit ihren Knuten
gegen die Anwesenden vor. Vier Priester wurden bei
dieser Kulturarbeit getötet, 24 gefangen genommen. Die
Gefangenen wurden von den Kosaken verurteilt mißhandelt, daß
auch von ihnen noch acht verstarben.

Aus Odessa wird berichtet: Im Vororte Peresyp
versammelten sich am 26 Juni 2000 Arbeiter, um
über das Entreten in den Kasstano zu beraten. Als das
Militär ankam, wurde aus der Menge mit Steinen ge-
worfen. Die Truppen feuerten sofort, erschossen zwei
und verwundeten eine Person. Gestern herrschte in Odessa
allgemeiner Ausstand. Die Arbeiter zogen in
großen Gruppen durch die Straßen. In vielen Stellen
spannen sie die Pferde der Pferdebesten aus und ver-
hielerten den Verkehr. Alle Löden sind geschlossen.

England.

Keinen Tadel für die Regierung. In Unterhaus
wurde nach lebhafter Debatte der Antrag, der Regierung
einen Tadel auszusprechen, mit 329 gegen 255 Stim-
men abgelehnt. Mehrere Redner der Opposition be-
schuldigten das Kabinet, sich in der Angelegenheit der Ver-
trügeren bei den Anemestierungen unfähig gezeigt zu haben,
große Fehler gemacht und die Sache zu langsam betrie-
ben zu haben. Ministerpräsident Balfour vertheidigte in war-
men Worten das Vorgehen der Regierung als Krisenminister.
Belegte sich über die parteiliche Haltung der Opposition und
erklärte, das Kabinet habe in der Angelegenheit alle ver-
nunftgemäß Vorkehrungen getroffen.

Wochen- und Monatsberichte.

Mittwoch, den 28. Juni.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bau-
arbeiter! Der Bezug von Bauarbeitern
aller Branchen nach Lübeck ist streng
fernzuhalten!

Vor zehn Jahren, am 27. Juni 1896, erlitt die Lü-
beker Sozialdemokratie einen schweren Verlust durch den
Tod Fritz Meyers, des Mitbegründers und lebhaftesten
Förderers ihres Parteiorgans, des „Lübecker Volksboten“. Fritz
Meyer gehörte zu der alten Gasse, welche unter dem
schweren Druck des Schandgesetzes furchlos und treu ihre
Pflicht tat und sich durch keine polizeilichen Machinationen
erschrecken ließ. Ein Jahrzehnt ist nun bereits entsungen,
seitdem der brave Kämpfer des Proletariats die Augen für
immer schloß. Die Partei ist seit jener Zeit auch in Lübeck
groß und stark geworden, und dafür sind die Parteigeno-
ssen nicht zuletzt unserem Genossen Fritz Meyer Dank
schuldig, der im Leben stets als ganzer Mann für die
Partei wirkte und der dadurch späteren Generationen als
leuchtendes Vorbild dienen kann. Die Lübecker Arbeiter-
schaft, namentlich die älteren Parteigenossen, werden das
Andenken Fritz Meyers stets in Ehren halten.

Die Bürgerchaft hatte am Montagabend Gelegen-
heit, sich buchstäblich im Schweiße ihres Angesichts vier
Stunden und darüber mit ihrer Tagesordnung abzu-
zählen. Daß die Länge der Sitzung resp. die Quantität
der Reden in einem einigermaßen richtigen Verhältnis zu
der Ausbreitung stand, welcher die Zuhörer benötigten,
um den Verhandlungen zu folgen, dürfte wohl von nie-
mand behauptet werden. Von den behandelten Senats-
anträgen beanspruchten drei größeres Interesse. Erstes
die Revision des Gewerbegerichtsgesetzes. Wir haben uns
bereits vor einigen Tagen in ausführlicher
Weise hierzu geäußert und haben dem damals Gesagten
auch nach der Verhandlung in der Bürgerchaft nichts
mehr hinzuzufügen. Wie auch aus unserem gestrigen Be-
richt hervorgeht, wurde die Vorlage einer Kommission
überwiesen. Dagegen läßt sich gewiß nichts einwenden,
wenn man sich über diese oder jene Frage, die mit dem
Gesetz zusammenhängt, in der Bürgerchaft nicht klar wäre.
Das ist jedoch nicht der Grund, weshalb die Kommissions-
beratung gewünscht wurde. Hierfür war einzig und allein
maßgebend das Bestreben, den freien Gewerkschaften das
Wasser abzugraben, was durch die Einführung der Ver-
hältnismahlen geschehen soll. Herr Rosenquist, der
Oberpräsident, ließ diesem großartigen Gedanken seinen
Mund und fand natürlich bei den Leuten, die in der
Veränderung von Wahlrechten bekanntlich schon reichlich
Übung haben, ein williges Ohr. Wir führten bereits
früher aus, daß gegen das Proportionalwahlssystem nichts
einzuwenden ist, wenn es sinngemäß und überall ein-
geführt wird. Bisher wurde es allerdings meistens nur
dort beschlossen, wo die Sozialdemokratie resp. die freien
Gewerkschaften sich in der Mehrheit befinden; wo die
Massen noch nicht genügend aufgeklärt sind und mit dem
Bürgertum gehen, denkt man gar nicht an die Einführung
der Verhältnismahlen. Das ist eben das Traurige bei
der Sache. Sollten für die Wahlen zum Gewerbegericht
Verhältnismahlen vorgeschrieben werden, so dürfte es uns
auch sehr wohl möglich sein, von den Arbeitgebern einige
durchzubringen. Darauf möchten wir schon jetzt hinweisen.
So bildet schließlich auch Herr Rosenquist einen Teil von
jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute
schafft.

Der zweite Tagesordnungspunkt, der für die Einwoh-
nerchaft Lübeds, wenigstens des Kostenpunktes wegen,
größtes Interesse hatte, ist das Millionenprojekt
einer neuen Irrenanstalt. Mit demselben ver-
bunden ist auch ein neuer Koffgeldtarif, der gegen den
bisherigen verschiedene Abweichungen enthält. Es ist nach
der beigegebenen Begründung wohl kaum zweifelhaft, daß
die alte Irrenanstalt den an sie gestellten Ansprüchen nicht
mehr genügt und daß deshalb ein Neubau erforderlich ist.
Schmer empfinden wird jedoch von Winterbestellen die
Erhöhung des Koffgeldtarifs werden, wie sie jetzt be-
schlossen ist. Bisher bestanden nur zwei Klassen, für die
der niedrigste Satz für hiesige Staatsangehörige 450 Mt.
und für Arme 360 Mt. jährlich betrug; jetzt sind drei

Klassen geschaffen worden, deren niedrigster Satz in der dritten Klasse 1,30 Mk. pro Tag oder 474,50 Mk. pro Jahr beträgt. Dadurch werden gerade diejenigen Bevölkerungskreise stärker belastet, die schon sowieso an dem Unglück, welches Gattenskrankheit über eine Familie bringt, am schwersten zu tragen haben. Ueber diesen weittragenden Senatsantrag wurde in der Bürgerchaft kein Wort gesprochen.

Von besonderer Bedeutung war drittens der Senatsantrag auf Erbauung eines neuen Stadttheaters. Auch für dieses Projekt sollen mehr wie eine Million Mark aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden. Wie vorauszu sehen war, gestaltete sich die Diskussion über diesen Punkt sehr lebhaft. In der Sache selbst waren sich allerdings sämtliche Redner einig — wie es wohl überhaupt nur wenig Leute geben dürfte, die gegen den Theaterbau an sich etwas einzuwenden haben — nur über den Platz, auf dem das Gebäude stehen soll, konnte man sich nicht verständigen. Die Vorlage wurde deshalb einer Kommission überwiesen, welche namentlich die Platzfrage zu erledigen haben wird. Zu einer Einmütigkeit wird es wohl schwerlich kommen; nur wird der Platz denn doch schuppen am Bahnhof in nähere Erwägung gezogen werden. Bemerkenswert ist noch, daß Herr Peterk von einer Streikflust der Bauhandwerker inselste. Damit hat er nur bewiesen, daß er auch keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen hat. Bei einem nur einigermaßen annehmbaren Entgegenkommen seitens der Unternehmers gegenüber den berechtigten Forderungen der baugewerblichen Arbeiter wäre in diesem Jahre der Streit vermieden worden, und so wird es auch in Zukunft sein.

Ehrenpreise spendet der Senat in geradezu verschwenderischer Weise, und zwar immer nur auf Kosten der Steuerzahler. Zum Segeln, zum Reiten, zum Jagen, zu jedem Anlaß, an dem die Gesundheit der hiesigen Bevölkerung auch nicht das geringste Interesse hat, werden größere oder kleinere Summen bewilligt. Nachdem man kürzlich den Gastpönten 1500 Mk. zu ihren Vergünstigungen gegeben hat, erhält demnächst wieder der Seglerverband einen Preis im Werte von über 200 Mk. Demgegenüber nimmt sich die Medaillenart vom Sparen, die in der Bürgerchaft so häufig am Senatsstische im Munde geführt wird, fast lächerlich aus. Allerdings, in erster Linie muß ja an den — Volksschulen gespart werden; so ließ es seiner Zeit. Wenn wirklich zu viel Geld im Staatsäckel vorhanden ist, so gibt es doch wohl bessere Aufgaben damit zu lösen, als für einige Mal „Alle Mann“ über 200 Mark auszugeben.

Der „Siebenstücker“, ein bedeutungsvoller Tag für abergläubische Landleute, war gestern; bekanntlich soll es nach altem Volksglauben, wenn es an diesem Tage regnet, sieben Wochen ununterbrochen weiter regnen; ist es dagegen schon und trocken, so gibt es auch anhaltend gutes Wetter für die Ernte und Meisezeit. So viel bekannt, ist diese Prophezeiung seither nur ganz selten eingetroffen. Man braucht deshalb irgendwelche Befürchtungen wegen der kommenden Winterung nicht zu hegen, wenn es auch gestern hin und wieder geregnet hat.

Aus dem Gerichtssaal. Der bereits 60 mal vorbestrafte Schuhmacher N. erhielt vom Schöffengericht wegen Trunkenheit zwei Wochen Haft und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, den er bei seiner Verhaftung geleistet hatte, 6 Monate Gefängnis. — Einen Monat Gefängnis wegen Sachbeschädigung bekam der Gärtner S. aufgedient, der aus Mache — weil sein Pachtvertrag nicht erneuert wurde — sein früheres Pachtland beschädigt hatte. — Der Arbeiter, früherer Gärtner, H. hat unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einem Geschäft in der Grobpegelgrube Wurtl und Schnaps abgeschwindelt. Wegen Betruges erhielt H. zusammen mit einer bereits früher gegen ihn erkannten sechsmonatlichen Strafe, 10 Wochen Gefängnis. — Der Schmiedelehrling M. hat einem Bäckerlehrling 5 Mk. sowie eine Uhr mit Kette gestohlen. Dafür soll er jetzt 10 Wochen drinnen.

Stadthalle. Am Donnerstag gelangt erstmalig die Novität „Traumulus“ von Fesche und Holz zur Aufführung. Das Schauspiel hat in fast allen größeren deutschen Städten gewaltiges Aufsehen erregt und es ist wohl anzunehmen, daß „Traumulus“ auch in Lübeck lebhaftes Interesse macht, zumal die sorgfältigen Vorbereitungen eine gute Wiedergabe verbürgen.

Glücklich gerettet wurde ein Knabe, der in der Nähe der Altendornstraße in die Wakenitz stürzte. Der Bademeister der auf der Falkenwiese gelegenen Badeanstalt sprang dem Kinde nach und brachte es wieder auf's Trockene. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorversuche waren von Erfolg begleitet.

Hitzschlag und Sonnenstich gehören mit Eintritt des Sommers zu den öfters vorkommenden Erkrankungen. Meistere Zeichen bei Erkrankung an Hitzschlag oder Sonnenstich sind: brennender Durst, große Mattigkeit, Schwindel, schwacher Pulsschlag und gerötete trockene Haut. In solchen Fällen ist die erste Bedingung, daß der Patient an einen möglichst kühlen Ort ruhig hingelegt wird. Die Kleider müssen geöffnet und dem Ermatteten muß schluckweise Wasser gereicht werden. Nach Anwendung dieser Mittel wird der Anfall sehr bald vorübergehen. Läßt man dieselben jedoch unbeachtet, so tritt leicht der Fall ein, daß der Kranke das Bewußtsein verliert. Der Atem geht dann im schnellsten Tempo. Bei ungenügender Behandlungsweise tritt leicht der Tod ein.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 21 Grad.

ph. Diebstahl. In der Zeit vom Sonntagnachmittag bis Montagnachmittag wurden aus einem Hause der Beckergrube folgende Gegenstände gestohlen: eine goldene Damenuhr mit langer Halskette und Schieber mit mehre-

ren weißen Steinen, eine altmodische Brosche „Damenkopf“ mit Goldfassung, ein goldener Damening mit Stein, ein grauer Sommerpaletot mit 2 Nischen Knöpfen und Sammetkragen und ein schwarzer Gehrockanzug, Rock und Weste von Tuch, Stoff aus Kammingarn gefertigt.

ph. Wieder angefaunden. Der gestern als vermisst gemeldete Schulknabe Eduard Verlen hat sich wieder gefunden. Er hatte sich heimlich zu Verwandten nach Neinfeld begeben.

Gemeindevwahl. Von der Gemeindeversammlung in Utecht ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Fuhrers Johannes Joachim Heinrich Metelsdorf der Fuhrer Peter Friedrich Kobrach daselbst zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Erwählte ist in genannter Eigenschaft obgleichlich bestatigt und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

Bzug ist ferngehalten: Von Tischlern und Maschinuarbeitern nach Kiel, von Schneidern nach Wismar (gesperrt sind die Geschäfte Wahnmann, Schulz und Bergwert, ferner die Zwischenmeister Krollmeier, Barnelew und Abler), von Maurern und Zimmerern nach Bükow und Mirow, von Maurern nach Krakow und Brühl und Umgegend.

Uttin. Das heftige Gewitter am Montag hat auch im Fürstentum manchen Schaden angerichtet. So schlug der Blitz in das Gewesene der Wwe. Andriens in Jassenhof und äscherte dasselbe ein; in Grasseedorf ist das Wohnhaus des Hufenschmiedes H. Wünnig ein Opfer des Elements geworden; in Schürsdorf ist eine Kiste abgebrannt. Außerdem konnte man noch in weiterer Entfernung Feuerreihen bemerken, namentlich in der Gegend von Büchel, wo es auch, so u. a. in Harmhacht, auf verschiedenen Stellen gebrannt haben soll. Ferner schlug der Blitz in eine dem Fuhrer Dietl in Barin gehörige Kiste, die von zwei Arbeiterfamilien bewohnt war. Arbeiter Stein, der sich inmitten der Seimen im Wohnzimmer befand, wurde betäubt und die Sprache war ihm am Abend noch nicht zurückgekehrt, auch konnte er die Glieder nicht bewegen. Vier Schweine sind unterbrannt. Die Habe der Arbeiter ist versichert, das Gebäude nicht.

Zehnerberg. Gewitterschäden. Beim Gewitter am Sonntag wurde der am Bräumen in der Sabowestraße stehende Arbeiter: B. vom Blitz getroffen. Dem Mann ist die eine Hand gelähmt, außerdem hat er die Sprache verloren. Auch Montag entlief sich ein heftiges Gewitter gegen Abend über unserer Stadt. Man sah hinter dem Kapensdorfer Walde einen starken Feuerregen.

w. Rabeburg. Selbstmordversuch. Gestern morgen machte die Wittwenschaft des früheren Chausseewärters Mirow von der Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus gebracht; sie litt an selbstmörderischer Absicht ein großes Quantum Jodol oder Stenolol getrunken haben.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Durch Erdbeben sind in Tömmig drei Gebäude, u. a. auch ein Trockenhaus, die zu der Rentier Meyerischen Fregel gehören, eingestürzt. Die darin beschäftigten Arbeiter sowie diejenigen, die sich in unmittelbarer Nähe der Gebäude befanden, konnten sich nur mit knapper Not in Sicherheit bringen. — Der Sträfling Legenbecker zu Dreizehn, welchem am Sonabend vom Schwurgericht zu Güstrow wegen Tötungsversuchs gegen den Buchhausdirektor Dr. Engel eine weitere Buchstrafe von zwei Jahren aufgedient worden ist, machte am Sonabend abend bald nach seiner Rückkehr aus Güstrow in seiner Zelle einen Selbstmordversuch durch Erhängen. Die Tat war jedoch durch den diensthabenden Aufseher bemerkt, welcher den Lebensmüden loschnitt und ins Leben zurückrief.

Hamburg. Das Urteil im Kindesmordprozess ist gestern gefällt worden. Die Geschworenen erklärten nach einstündiger Beratung beide Angeklagte des Totschlages für schuldig; ihnen wurden mildernde Umstände zugebilligt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete gegen die Schulle auf 3 Jahre, gegen Blaustein auf 5 Jahre Gefängnis sowie gegen beide auf fünfjährigen Ehrverlust, während die Verteidiger für bedeutend milderes Strafmaß plaidierten. Das Gericht erkannte gegen die Schulle auf achtzehn Monate Gefängnis und gegen Blaustein auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten werden je 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Die Tat sei an und für sich eine sehr rohe und schwere, doch komme bei der Strafmessung als strafmildernd in Betracht, daß die Angeklagten unter einem psychischen Druck gelitten haben. Die Angeklagte Schulle behält sich ihre Entschliezung vor, der Angeklagte Blaustein erklärt sich zum Antritt der Strafe bereit.

Hamburg. Ein schreckliches Unglück hat sich Montagnachmittag an der Wille zugegetragen. Ein am Bauerweg in Horn wohnendes Ehepaar hatte mit einem dreijährigen Töchterchen eine Bootfahrt auf der Wille unternommen. Als die Familie wieder an Land stieg und das Kind bereits auf dem Landungssteg stand, fuhr ein Schleppdampfer vorüber. Durch die starke Dünung kenterte das Boot, das Ehepaar fiel ins Wasser und fand seinen Tod durch Ertrinken. Das bedauernde Wert, so plötzlich ganz verwaiste Kind wurde einwilligen bei anderen Leuten untergebracht. — Den Tod durch Ertrinken fand der Kohlenarbeiter Hans Ostmeier, wohnhaft in der Dittmar Koelstraße, der beim Dampfer „Cap Blanco“ im Ganjshafen ins Wasser fiel. Die Leiche wurde noch nicht aufgefunden.

Vergerdorf. Ein Streik der baugewerblichen Arbeiter ist hier am Montag ausgebrochen. Die Gesellen fordern einen Stundenlohn von 65 Pfg. bei 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, die Arbeiter 60 Pfg. Stundenlohn.

Diesloe. Vom Gewitter. Am Montag nachmittag wurden wir schon wieder von einem sehr starken Gewitter heimgesucht, das hier mancherlei Schaden angerichtet hat. An der Hübener Chaussee hier selbst fuhr ein sogenannter kalter Schlag in den hohen Schornstein der Knickreihischen Weiererei; dieser stürzte mit furchtbarem Getöse auf das Maschinenhaus, das mit dem wertvollen Maschinenwerk fast total vernichtet wurde. Gleichfalls richteten sogenannte kalte Schläge in einem von Eisenbahnbeamten bewohnten Hause in „Sechshausen“ am Bülkzweg sowie in der großen neuen Scheune des Landbürgerers Mund am Pferdemarkt mehr oder weniger erhebliche Verwüstungen an. (S. C.)

Neumünster. Der Streik der Tischler ist beendet, nachdem eine Einigung mit den Meistern zustande gekommen ist. Vom 1. Oktober d. J. ab wird der Lohn um 1 Pfg. die Stunde erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 11 1/2 Stunden ermäßigt. Die weiteren Positionen des Tarifes sind ebenfalls durch beiderseitiges Entgegenkommen geregelt. Der Streik hat 8 Wochen gedauert.

Heide. Die Tiefbohrungen auf der sogenannten Hölle bei Hemmingstedt haben ergeben, daß Erdöl von guter Beschaffenheit daselbst vorhanden ist, in dessen Fund nach den bisherigen Erfahrungen an dieser Stelle die gewinnbaren Mengen nicht groß genug für einen lohnenden Förderbetrieb. Es ist Grund für die Annahme vorhanden, daß man anderwärts in der Gegend bessere Resultate erzielen dürfte.

Kostock. Nachklänge von der Reichstagswahl. Bekanntlich war gegen den Arbeiter Schöndorf aus Kostock Anklage erhoben wegen Bedrohung des Gastwirts Wegner in Fährdorf bei Wismar gelegentlich der Wahlhandlung in Fährdorf bei der Reichstagswahl. Schöndorf wurde freigesprochen und stellte nun seinerseits bei der Staatsanwaltschaft Antrag auf Erhebung einer Anklage gegen den Gastwirt Wegner und die Wahlvorstandsmitglieder wegen Nötigung und Sachbeschädigung, weil er von ihnen widerrechtlich und mit Gewalt aus dem Fährdorfer Wahllokal entfernt worden war. Er erhielt nun von dem Ersten Staatsanwalt Herde in Schwerin, nachdem er gegen einen ablehnenden Entscheid deselben, der sich stützte auf den „guten Glauben“ der Beschuldigten, Beschwerde unter Angabe neuer Beweismittel eingeleitet hatte, folgendes charakteristische Schreiben: „Auf Ihre Beschwerde vom 26. April d. J. in der Sache gegen den Gastwirt Wegner und Genossen in Fährdorf wegen Nötigung teile ich Ihnen mit, daß ich die Ermittlungen durch Bezeichnung des Zeugen Grebien und der Beschuldigten wieder aufgenommen habe, nach ihrem Ergebnisse jedoch keine Veranlassung nehme, an meinem Bescheid vom 12. April d. J. etwas zu ändern. Ihren Antrag auf Verurteilung auch wegen Sachbeschädigung hatte ich übersehen, da Ihre erster Vortrag in unangeforderter Weise bei den Akten fehlt. Aber auch hinsichtlich der angeblichen Sachbeschädigung stelle ich das Verfahren ein, da die Beschuldigten unabweisbar das Bewußtsein nicht gehabt haben, daß sie durch Ihre gewalttätige Entfernung aus dem Wahllokal einen Schaden an Ihrer Kleidung verursachen könnten. Ich lege die Akten dem Herrn Oberstaatsanwalt zur Entscheidung vor und stelle anheim, an ihn eine Nachschrift des Strafantrages einzureichen.“ Jedes Wort der Kritik dieser staatsanwaltlichen Auffassung über das Bewußtsein“ der Wegner und Genossen würde die Befragung des wiedergegebenen Schreibens nur abschwächen. Selbstverständlich soll auch nach der Oberstaatsanwalt sein Gutachten abgeben über die bewußten „Bewußtlosen“ in Fährdorf.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Zwei aneinandergedundene Leichen wurden in der Reichshauptstadt am Luisenufer aus dem Wasser gefischt. Die Ertrunkenen wurden als der 18jährige Lederarbeiter Max Muras und die 17 Jahre alte Verkäuferin Helene Kassin, beide aus Niddorf stammend, rekonstruiert. Unglückliche Liebe hatte die jungen Leute in den Tod getrieben.

Blauen i. W. Straßenbahnunglück. Auf der Bahnhofsstraße kam ein elektrischer Straßenbahnwagen infolge Veragens der Bremse ins Rollen, fauste die steile Straße abwärts und fuhr in ein Haus hinein. Hierdurch wurden dem „Vogeländer Ana.“ zufolge eine Person getötet und vierzehn verletzt.

Erstet. In den Tod getrieben. Im benachbarten Hochstedt beging ein elfjähriges Schulmädchen, um den vorgetragenen Mißhandlungen seiner Stiefmutter zu entgehen, Selbstmord durch Ertrinken.

London. Seemannsloos. Der Schoner „Argon“ aus Baltimore ist in San Francisco angekommen; er führte den Kapitän und 10 Mann des deutschen Schoners „Agnes“, der von Shields lange überfällig ist, an Bord. Die Mannschaft setzte drei Boote aus, von denen zwei noch vermisst werden.

Shanghai. 7 Personen getötet. Bei einer Explosion auf der Grube der Schantung-Bergbau-Gesellschaft wurden gestern morgen sieben Personen getötet.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

A. B. Sch.

Donnerstag Festkomitee.

Dienstag morgen entschließ faust nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Christian Lüders

im 55. Lebensjahre.

Aufs Tiefste betrauert und schmerzlich vermisst von den Seinen.

Sophie Lüders, geb. Tretow, und Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Ludwigstraße 82, aus statt.

Nach langem schwerem Leiden verschied am 26. d. M. unsere unergiebliche Tochter

Minna

im 22. Lebensjahre.

Dies zeigen tief betrübt an

Wehling u. Frau, geb. Farkas.

Bruder und Bräutigam.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 1 1/2 Uhr vom Sterbehause, Vorbeckstr. 13, aus statt

Allen, die unserer teuren Entschlafenen durch Franzspenden und Geleit zur Ruhestätte die letzte Ehre erwiesen haben, sowie Herrn Pastor Fernhardt für die trostreichen Worte am Grabo unsern innigsten Dank

Familie Bahrs.

Konzerthaus Flora.

Am Mittwoch (Waisenkindertag): Tanzkränzchen.

Eintritt frei.

Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Ein freundliches Zimmer

zu vermieten Frühlingstraße 26. 1.

Eine frdl. Dreistuben-Wohnung

mit Zubehör zum 1. Oktober zu vermieten Frühlingstraße 18.

Eine Wohnung zu vermieten

J. G. Bull, Ravensbüsch.

Gesucht ein kleiner Laden mit Wohnung

zum 1. Oktober ev. früher.

Angeb. mit Preis n. Z V an die Exp. d. Bl

1 hell. Kinderwagen m. Gummirief.

zu verkaufen Steinradweg 30 a.

Zwei Schafe zu verkaufen.

Lauerhoffstraße 2.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Von Richard Lipinski.

20 Auflag., Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte

— Preis 1,50 Mk. —

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

W. Blumenthal

L Ü B E C K

Kohlmarkt

Ecke Sandstrasse.

Großer Saison-Räumungs-Ausverkauf

in

braunen, roten u. grauen

Schuhwaren

Günstigste Gelegenheit für die Reise.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Mütter

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Ein anterhalt. Kinder-Klappstuhl
billig zu verkaufen
Warendorffstraße 32, 3. Etage.

Eine zweischläfge Bettstelle
mit Sprungfedermatratze für eine einschläfge Bett-
stelle zu vertauschen
Waisenbofstraße 23.

Eine anterhaltene Sportkarre
zu verkaufen
Näheres Obertrave 57.

Gesucht ein großer Tisch mit Auszieh-
klappen und ein Waschtisch.
Angeb. mit Preis unter L 33 an die Expe-
dition dieses Blattes.

Verloren am Sonnabend eine Brosche
(Lübeker Ziveinmarkstück mit Stranz).
Bitte abzugeben gegen Belohnung
Stitenstraße 22, 1. Et.

Verloren gestern gegen Abend eine Kinder-
halbkette (Voralde) auf dem Wege
Schwartauer Allee (Thiels Fabrik) bis Karlsrufer.
Gegen Belohnung abzugeben bei
M. Hoffmann, Schwartauer Allee 82.

Wohne von jetzt ab:
Bäderstraße 9, Hinterh. I.
Carl Willers.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—

Florett-Fahrräder
allen voran! Pa. Material,
2 Jahre Garantie! Frei-
kaufgabe Torpedo M. 15 mehr. Mantel v. M. 3.50
an, Schlauche M. 2.80, Lichtfen. Laternen M. 2.
H. A. Hill, Fahrrad-Versandh., Johannisstr. 9
Rev. all. Syst. bill. Ambos-Fahrräder M. 75, 1 & 2 Gar.

Empfehle meinen
Rasier- und Haarschneide-Salon
Max Prien, Friseur, Rosenstraße 1.

Delikat. Tischler Bruchkäse Pfd. 20 Pfg.
Bollfetter Ia. Tischler Käse Pfd. 60 Pfg.
bei ganzen Broden billiger.

Extra feiner Kirschsaft Flasche 40 Pfg.
Große schöne Salzgurken Stk. 5 Pfg.
Johs. Breede, Danwartstraße 37.
Sie erhalten „Kabatt-Sparmarken Lubeca“.

Achtung! Seeleute!

Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag den 29. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Th. Kruse,
Untertrave 60.
Tages-Ordnung:
„Die organisierte Arbeit und ihr
Parlament in Köln“.
Referent: Kollege P. Müller-Hamburg.
Um zahlreiches Erscheinen wird erjucht.
Der Einberufer.

Geschäfts-Übernahme.

Dem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich die
Kolonial- und Fettwarenhandlung von Herrn
H. Rosenplenter, Gevedesstraße 44,

mit dem heutigen Tage übernommen habe.

Indem ich prompte, reelle und preiswerte Bedienung zusichere, bitte
ich, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll Ch. Moll.

213. Preuss. Klassen-Lotterie.

Bur ersten Klasse bis zum 6. Juli erhältlich:

1/1 40 Mk. 1/2 20 Mk. 1/4 10 Mk. 1/8 5 Mk. 1/10 4 Mk.

Carl Bischof

Lotterie-Einnnehmer, Fischstraße 34.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 30. Juni 1905
abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Mietezuschuß für die Streikenden.
2. Kartellbericht.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

NB. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Freiwillige Kranken- und Sterbe-Kasse

G. S. R. Nr. 6.

Ausserordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag den 29. Juni 1905

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

Die Vereinigung der Freiwilligen Krankenkasse mit der Krankenkasse gewerblicher Arbeiter.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet

Der Vorstand.

Schmerzloses Einsetzen künstlicher Zähne

ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.

M. Marks, Zahnkünstler,
Mühlenstr. 28.

Verein f. Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Monats-Versammlung

Sonnabend den 1. Juli 1905
abends 8 1/2 Uhr
in Karlsruh.

Tages-Ordnung:
1. Arztfrage und ev. Gründung einer
Hausarztkaffe.
2. Berichtedruck.

Meldungen für die Milchkur in Karls-
hof werden bis 1. Juli d. J. an Herrn
Grünau, Breitestraße 24, erbeten.

Zur Segel-Regatta Lustfahrt nach Travemünde

vermittelt des Doppelschrauben-Salondampfers
„St. Lorenz“
am Sonntag den 2. Juli.

Abfahrt ab Lübeck (Drehbrücke) 1 Uhr mittags.
Rückfahrt ab Travemünde . . . 8 Uhr abends.
Einfache Fahrt 50 Pfg. à Person.
Retourbillet 75 Pfg.

Fahrtarten im Vorverkauf Untertrave 59.
Am Sonntag Billetverkauf
nur an Bord des Dampfers.

Bei gutem Wetter ab Travemünde Extra-
fahrten in See.
Lübeker Hafenfähre.
Bei m. b. S.

Variété Universum

Täglich Vorstellung.
Heute Donnerstag den 29. Juni 1905:
Großer Familien-Abend.

U a : Auftreten des Herrn Corelly als Gast.
NB. Zu diesem Abend werden Donnerstag
vom 12-2 Uhr mittags Freikarten ausgegeben.

Stadt-Halle.

Donnerstag: Abonnements-Vorstell. 47.
Zum ersten Male:
Traumulus.

Komödie in 5 Akten von Arno Holz und
Döster Felsche
Erfolgreichste Novität der verfloffenen Spielzeit.
Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwig. — Bedrucker: Theodor Schwark. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Soziales und Parteileben.

Städtische Unterstützung für Gewerkschaften.

Für die Unterzeichnung, die das Gewerkschaftsstatut für die Mitglieder der Gewerkschaften veranlaßt, hat der Stadtrat und Bürausschuß in Karlsruhe auch in diesem Jahre wieder 300 Mark aus städtischen Mitteln bewilligt. Eine Eingabe der christlichen Gewerkschaften, diesen überfalls einen solchen Zuschuß zu bewilligen, hat der Stadtrat abgelehnt unter dem Hinweis, die christlichen Gewerkschaften hätten einen konfessionellen Charakter. Für konfessionelle Vereinigungen werde aber grundsätzlich aus städtischen Mitteln nichts bewilligt. Die sozialdemokratischen Vertreter sind für die Bewilligung des Zuschusses an die christlichen Gewerkschaften eingetreten und haben überdies auch noch den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften freigestellt, an den Unterzeichnenden des Gewerkschaftsstatuts teilzunehmen.

Die zehnte Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergleute wurde am 25. Juni in Oberhausen eröffnet. Der Vorsitzende der Siebener-Kommission, Effert, referierte über den Streit und die Berggesetznovelle. Die Versammlung erklärte in einer Resolution, die Vergarbeitschulung Novelle bedeute insofern einen Fortschritt, als sie das Prinzip des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses aufhebe, sei aber sonst in keiner Weise beschreibend; es sei eine reichsgesetzliche Regelung des Vergarbeitschulunges zu fordern.

Das Genossenschaftswesen bedroht das Staatswohl. Im Anschluß an die Tagung der Konsumvereine in Stuttgart — auf dem u. a. das Verhalten des Genossen Peus in der Frage der Umfassung für Konsumvereine scharf beurteilt wurde — wurde dort auch eine Generalversammlung der Großkauf-Gesellschaft abgehalten. Man verhandelte unter anderem über die Schwierigkeiten, die der Errichtung der großgenossenschaftlichen Seifenfabrik in Alen gemacht werden. Dabei wurde ein interessantes Dokument mitgeteilt, eine Erklärung des Magistrats in Alen, folgenden Inhalts: „Betreffend die Petition vom 23. Oktober 1904, worin die städtischen Behörden ersucht werden, das Projekt betreffend den Bau einer Seifenfabrik in Alen durch die Großkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine zu Hamburg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, beschließt der Magistrat, dieses Gesuch abzulehnen, da durch den Bau der Seifenfabrik das Staatswohl und das Gemeindefortschritt Interesse verletzt werden. Es ist offenkundig, daß die Seifenfabrik den Anfang zu einer ganzen Reihe genossenschaftlicher Anlagen in Alen bilden soll. Dies ergibt sich aus der Größe des von der Gesellschaft angekauften Grundstückes, aus öffentlichen Äußerungen des Reichstags-Abgeordneten Peus und aus einer öffentlichen Mitteilung des Reichstags-Abgeordneten von Elm, Hamburg. Nach der letzteren beabsichtigt die Großkauf-Gesellschaft in Alen noch „diverse“ Fabriken zu errichten und überhaupt die genossenschaftliche Produktion in Alen zu konzentrieren. Eine derartige Produktion bedroht aber die Existenz von zahlreichen kleineren Geschäftsteilen und Handwerkern verschiedener Art, sowie von vielen Hausbesitzern, denen mit der Zeit die Nutzung von Läden und größeren Wohnungen verloren geht. Diese Produktion bedroht deshalb einen großen Teil des sogenannten Mittelstandes mit Untergang, verletzt somit das Staatswohl und das Bestreben der Regierung, den Mittelstand, insbesondere den Handwerkerstand, zu schützen. An sich würde gegen die Eigenproduktion der Konsumvereine nichts einzuwenden sein, wenn die hierzu errichteten genossenschaftlichen Fabriken unter gleichen Verhältnissen arbeiten müßten wie andere gewerbliche Betriebe. Dies ist nicht der Fall. Schon bei Fabriken nicht genossenschaft-

licher Art erwachsen vielen kleinen Industrieplätzen gewaltige Steuerlasten, weil sehr oft die von den Fabriken gezahlten Kommunalsteuern nicht diejenigen Kosten aufwiegen, die durch den Bezug steuerstarker Arbeitskräfte entstehen. Unausbleiblich ist aber der allmähliche Ruin der kommunalsteuerlichen Verhältnisse Alens, wenn die Stadt sich zu einer Genossenschaftsfabrikstadt entwickeln sollte. Denn die Genossenschaftsfabriken zahlen, worauf es in erster Linie doch unbedingt ankommt, keine Einkommensteuer, sobald ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. (Einkommensteuergesetz § 1) Einkommensteuer wird auch nicht bezahlt von Gesellschaften mit beschränkter Haftung. (Einkommensteuergesetz § 1 und Ausführungsanweisung hierzu § 26) Die vorstehenden Ausführungen gelten deshalb auch für die Großkauf-Gesellschaft in Hamburg, die eine Gesellschaft solcher Art ist. Ferner sind die Fabriken der Gewerbebetriebe nicht unterworfen, wenn sie hauptsächlich den Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken und keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinn angesammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausgeschlossen. (Gewerbesteuer-Gesetz § 5) Aber selbst wenn die geplanten Genossenschaftsfabriken (auch wenn sie von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrieben werden) dieses nicht tun sollten, so sind doch sämtliche Betriebe nur als ein einziges steuerpflichtiges Gewerbe zur Gewerbesteuer zu veranlagern, da sie von ein und derselben Gesellschaft betrieben werden. (Gewerbesteuer-Gesetz §§ 17—19.) Also auch im Falle der Veranlagung zum Gewerbesteuer würde auf eine nennenswerte Einnahme für die Stadt nicht zu rechnen sein. Diese Einnahme fällt so gut wie ganz fort bei Fabriken, die nachweislich zwei Jahre lang ohne oder nur mit so geringem Gewinn arbeiten, daß sie ihre Verletzung bis in die unterste Gewerbesteuerklasse herabführen können. (§ 8 des Gewerbesteuer-Gesetzes.) Bei dem Ruin der geplanten Fabriken nämlich ihren Genossenschaftern billige Erzeugnisse zu liefern, erscheint somit ein gewerblicher Ertrag von nennenswerter Höhe ausgeschlossen. Daß die Einnahmen aus der Gewerbesteuer aber sehr gering sein würden, geht wohl daraus hervor, daß die umfangreichen Anlagen des hiesigen Verkehrshofens nur rund 350 Mk. Gebäudesteuer jährlich bringen. Der Magistrat erklärt deshalb in der Errichtung von genossenschaftlichen Fabriken in der Stadt Alen eine außerordentliche Gefahr, da erstens eine größere Anzahl von Geschäftsleuten, Handwerkern und Hausbesitzern allmählich zugrunde gerichtet wird, und zweitens durch den Bezug vieler steuerstarker Arbeitskräfte die kommunalsteuern unabweislich in bedenklicher Weise gesteigert werden. Ob dieser Bezug in solchem Umfange stattfinden wird, wenn die geplanten Fabriken in der Nähe Alens errichtet werden, ist sehr zweifelhaft, jedenfalls ist es in diesem Falle für die Stadt steuerlich unvorteilhaft, ob der Bezug mit oder ohne Genossenschaftsfabriken erfolgt. Vorstehende Erwägungen sind für den Magistrat mitbestimmend gewesen, die ihm nach der Gewerbeordnung zustehenden Einspruchsmittel nachdrücklich zur Geltung zu bringen. — Wir haben es herzlich weit gebracht!

Die fünfte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend mit dem Verbandsorgan „Correspondent“. Von den verschiedensten Rednern wurde die Haltung der Redaktion gegenüber den einzelnen Mitgliedschaften sowie der Partei und anderen Gewerkschaften bemängelt und eine Änderung gewünscht. Redner suchte sich und seinen Redaktionskollegen zu rechtfertigen und betonte, daß er bei seinem Verhalten nur das Interesse der Organisation im Auge gehabt habe. Schließlich wurde die Einführung einer Prüfkommission abgelehnt, ebenso die Verlegung des „Correspondent“ von Leipzig nach Berlin. Am Sonntag wurde die Spezialberufsprage erörtert; die Debatte endete mit der Annahme folgender Resolution: „Die Generalversammlung

erkennt an, daß die im Rahmen des Verbandes wirkenden Spezialorganisationen der Maschinenmeister, Maschinenleger, Korrektoren, Schriftsetzer, Stereotypenre und Galvano-plaster unter den heutigen Verhältnissen eine bringende Notwendigkeit sind. Es wird anerkannt, daß gerade die Spezialorganisationen imstande sind, die dem Verbands so nützliche Aufklärung unter den Mitgliedern zu fördern, andererseits der technischen Ausbildung den größtmöglichen Vorschub zu leisten. Aus diesen Gründen wird der Zentralvorstand ermächtigt, sich tätig machenden Kongressen einzelner Sparten finanziell zu unterstützen. Auch steht ihm eine Mitbestimmung über Ort, Zeit und Vertretung auf solchen Kongressen zu. Die Generalversammlung beurteilt jedoch entscheidend Bestrebungen, die ein vom Verband gesondertes Unterstützungsweesen propagieren.“

Einigungsverhandlungen. Im bayerischen Ministerium des Neußern finden zur Herbeiführung einer Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Arbeitern Verhandlungen mit Vertretern der beiden Parteien statt. — Hoffentlich führen dieselben zu einem guten Resultat!

Schiedsgericht in Sachen Albert gegen Wader und Sozialdemokratischer Verein Magdeburg gegen Albert. Von Seiten des Genossen Albert Wader war der Antrag auf Ausschluß des Genossen Wader aus der Partei gestellt worden und umgelegt von Seiten der Magdeburger Genossen der Antrag auf Ausschluß des Genossen Albert. Zur Erledigung dieser Anträge verhandelte am 23. bis 24. Juni d. J. in Magdeburg ein Schiedsgericht, als dessen Vorsitzender der Genosse Wollensbuhr vom Parteivorstand bestimmt war, während als Beisitzer die Genossen Ebert-Bremen, Quack-Frankfurt a. M., Wos-Halle, Hug-Bant, Markwald-Forst und Neulirch-Breslau von den Parteien ernannt waren und fungierten. Nach eingehenden Verhandlungen und Brüngenvernehmungen kam folgender, von den Parteien vom Schiedsgericht einstimmig empfohlener Vergleich zustande: 1. Albert erklärt: meine im Laufe der Magdeburger Parteistreitigkeiten gegen Genossen Wader erhobenen Anklagen lauten nicht aufrechterhalten, weil ich mich überzeugt habe, daß dieselben unwahr und ohne jeden tatsächlichen Anhalt kombiniert worden sind. Ich habe diese Anklagen erheben zu können geglaubt, weil ich auf Grund meiner Mitteilungen durch die Annahme erregt war, Wader wolle mich aus meiner Magdeburger Stellung verdrängen, eine Annahme, die ich nunmehr auch als irrtümlich zugebe und bebaue. 2. Die Magdeburger Parteigenossen nehmen darauf ihre Anträge gegen Albert in der Erwartung zurück, daß Albert in Zukunft im Sinne seiner obigen Erklärung im Verlehn mit Parteigenossen und parteigenössischen Organisationen handelt. Magdeburg, 24. Juni 1905. S. Wollensbuhr, Vorsitzender. Fr. Ebert-Bremen, Quack-Frankfurt a. M., Otto Wos, Halle a. S., Paul Hug-Bant, Hans Markwald, Forst i. L., Emil Neulirch, Breslau, als Beisitzer.

Zu 50 Mk. Geldstrafe wurde der Redakteur Seifarth von der „Neuß-Tribüne“ in Gera verurteilt. Er soll durch den Abdruck eines Artikels aus der Magdeburger „Volksstimme“ Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam gegen einen von der Obrigkeit erlassenen Befehl „aufgereizt“ haben. Das Bezirkskommando zu Aschersleben hatte Angehörigen des Wehrdienstes in Schönebeck die Aufforderung zugehen lassen, sie hätten sofort zu melden, ob sie zum Eintritt in die für Südwesterasrika bestimmten Telegraphentruppen bereit seien. Diese Aufforderung war einer Kritik unterzogen worden. Beantwortet waren 14 Tage Gefängnis. Genosse Albert hatte in Magdeburg wegen desselben Artikels 200 Mk. Geldstrafe erhalten.

Aus der Parteioffiziation in Halle ausgeschlossen wurde der Schneider Oskar Göpfert, geboren am 19. September 1875 zu Weissenborn. Er hat einem Soldaten einen ganz niederträchtigen De-

Um den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(6 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten)

„Wer hat jene Worte gesprochen?“ fragte der Vorsitzende mit strenger Miene im Tone vernichtender Schärfe. „Ich“ erlöste dieselbe Stimme, zugleich richtete sich an einem Tische neben der Tür die Gestalt eines bloßen Mannes mit dunklem Vollbart in die Höhe. „Ich“ fuhr der Sprecher fort, „beschuldige Herrn Doktor Leopold Setal, Ihnen, meine Herren, nicht die Wahrheit über seine Forschungsreise gesagt zu haben. Nicht die Details der Schilderung sind erlogen, nein, sie treffen im Gegenteil aufs Haar zu, aber der Umstand enthält eine Lüge, daß er, Dr. Setal, es gewesen, welcher die Kübe und über alle Begriffe gefährliche Expedition vom Gebiete des Watwa oder Watua ins unerforschte Innere unternommen. Nicht er ist es gewesen, der dies getan, sondern — ich!“

4.

In atemloser Stille ließ die Versammlung die seltsame Anklage des fremden Mannes an sich vorübergehen. Sobald er jedoch geredet, erhob sich allgemeiner Widerspruch. Ein Ruf, Murren, Röcheln ging durch die Gesellschaft.

„Ein Wahnsinniger“, erscholl es von allen Seiten. „Aber Wille wandten sich nach dem Urheber der sonderbaren Behauptung. Er besaß eine hohe, ziemlich breitgebaute Figur, sein Kopf war oval und wohlgeformt, schien jedoch unregelmäßig in Folge der außerordentlichen Magerkeit seines Besitzers. Der vorbraune Teint verriet deutlich, daß das Antlitz des Fremden lange Zeit einer brennenden tropischen Sonne ausgesetzt war, doch konnte selbst das intensiv dunkle Kolorit das elende, krankhafte Aussehen des offenbar schwer kranken Mannes nicht verhillen. Scharf und sanftig traten die Wadenknochen auf beiden Seiten hervor, Kinn und Nase

standen weit vor, die dunkelbraunen Augen verschwanden fast in ihren von breiten, schwarzen Kreisen umhogenen Gruben. Der dicke, üppig wuchernde Bart sah ebenso wie und ungepflegt aus, wie das zerzaust in die Stirn herabhängende Haar. Alle diese Erscheinungen in Verbindung mit einem eigentümlich unheimlichen Flimmern, das während des Sprechens über das Antlitz des Redners ging, mit dem nervösen Zucken der Augen, der beängstigenden Bestimmtheit seines Blickes, der Hast und der Unbeullichkeit, womit er seine Worte fast stoßweise aus sich heraustrieb, sowie der auffälligen Lebhaftigkeit und Aufregtheit seiner Gesticulation, verkündeten zweifellos einen psychisch nicht ganz normalen, mindestens im Zustande höchster geistiger Erregbarkeit befindlichen Menschen.

„Er ist ganz gewiß wahnsinnig.“ wiederholten die ihn Anschauenden.

„Oder krank“, flüsternten andere. Der Vorsitzende betrachtete ihn kurze Zeit mit forschender Aufmerksamkeit. Sonderbar — die Physiognomie des Unbekannten weckte die Erinnerung an eine Persönlichkeit in ihm, die er gekannt haben mußte. Nur vermochte er sich nicht klar zu machen, an wen der vertraute Zug in dem Antlitz des plötzlichen Anklägers ihn gemahnte. Vielleicht an diesen selber, sagte er sich betroffen, denn sicherlicher steht sich der Unglückliche in seinem gegenwärtigen Zustande kaum selbst mehr ähnlich. Er scheint 40 Jahre alt zu sein, und doch ist er in Wahrheit wohl viel jünger.

„Sie erheben eine fürchtbare Anklage, mein Herr“, rief er dem Unbekannten in autoritativem Tone zu. „Wollen Sie vor allen Dingen die Güte haben, uns zu sagen, wer Sie sind.“

Der Fremde verließ seinen Platz und trat dicht vor den Tisch des Vorstandes. Sein Schritt war ein schneller, energischer, und doch nicht frei von einem merklichen Schwanken, ja, als er still stand, schien es, als vermöge er seine Gestalt nur mit Mühe aufrecht zu erhalten.

„Wer ich bin?“ erwiderte er laut und heftig. „Kennen Sie mich nicht, mein Herr? Kennen mich niemand mehr von Ihnen? Habe ich mich so sehr verwandelt? Fragen Sie Herrn Leopold Setal, wer ich bin — er hat mich erkannt am ersten Ton meiner Stimme!“

Alle schauten nach dem Helben des Abends hin, der noch immer auf der Tribüne stand. In der Tat wirkte er bleich und entsetzt denjenigen an, der eine so schwere und in den Annalen der Wissenschaft unerhörte Anklage gegen ihn wie eine vernichtende Bombe schlugerte.

„Kennen Sie den Herrn, Herr Doktor?“ wandte sich der Vorsitzende an ihn.

„Ich weiß nicht“, stammelte Leopold. „Die Stimme allerdings — und doch, es ist nicht möglich. Die Toten können doch nicht wieder aufstehen!“

„Manchmal doch“, entgegnete trotzig jauslachend der Fremde. „Ich bin niemand anders als Doktor Reinhard Hohl, meine Herren, der Begleiter Setals auf der großen Expedition in's Zentrum des afrikanischen Kontinents, und nicht er, sondern ich war es, welcher das Unternehmen, dessen er sich rühmt, ausführte. Er hielt mich für tot und wollte mir meinen Vorbeer stehlen! Er ist es, der bei den Watua fieberkrank zurückblieb, und von mir auf dem Rücken wieder abgeholt wurde. Ist es so, Leopold, oder nicht?“

Leopold stand da mit schwer arbeitender Brust, die Arme verkrampft. Seine Augen blickten von Horn, Aufregung und Schrecken. Starr und mit furchtbarer Spannung hefteten sich die Wille des alten Geheimrats auf seinen Sohn.

„Du bist Reinhard Hohl, kein Zweifel“, erklärte dieser mit bebenden Lippen. „Ich hielt dich für tot, wahrscheinlich hast du nur in totnäherlicher Dämlichkeit gelegen. Ich freue mich deiner Wiedergenesung und Rückkehr.“

„Wahrheit — sage die Wahrheit“, drängte der andere, ihn mit wildem Ausdruck anstarrend.

„Die Wahrheit ist, daß du krank ist, Reinhard, sehr krank. Ich überlasse der Versammlung das Urteil hierüber.“

